



## Antrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Förderung von Klimaextremisten durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz darlegen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz mündlich über die direkte und indirekte Finanzierung von Klimaextremisten, d. h. Mitgliedern der „Letzten Generation“ und „Ende Gelände“, durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zu berichten. Hierbei ist insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

1. Kann die Staatsregierung ausschließen, dass Mitglieder oben genannter klimaextremistischer Organisationen direkt oder indirekt von staatlichen Fördermitteln profitiert haben?
2. Sind der Staatsregierung Personen im extremistischen Spektrum des Klimaaktivismus bekannt, die eine staatliche Förderung oder Finanzierung in Bayern erhalten haben, sei es durch eine Anstellung in Bildungseinrichtungen mit Klimabezug, Klimazentren, Klimaforschungsinstituten, Klimastationen oder ähnlichen Einrichtungen oder durch anderweitige staatlich geförderte Projekte im Bereich des Klimaschutzes?
3. Gibt es Backgroundchecks, die eine Anstellung von Klimaextremisten der letzten Generation und der Organisation Ende Gelände in staatlichen oder staatlich finanzierten Umwelt- und Klimaprojekten verhindern?
4. Wie viele Mitglieder klimaextremistischer Organisationen werden in Bayern nach Informationen der Staatsregierung als Landschaftspfleger oder in Umweltmanagement bzw. Umweltauditprogrammen beschäftigt, die vom Freistaat gefördert werden?

### **Begründung:**

Der Klimaextremismus in Bayern hat in den vergangenen Jahren immer stärker zugenommen. Er zeichnet sich insbesondere durch eine aggressive Haltung, sektenähnliche Strukturen und ein hohes Maß an Straftatbeständen aus. Dabei haben Mitglieder der sogenannten Letzten Generation und der Organisation „Ende Gelände“ wiederholt Blockaden von Straßen und Flughäfen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Maßes an krimineller Energie, welche die öffentliche Ordnung unterminiert, stellt sich die Frage nach der Finanzierung von Klimaextremisten und deren Organisationen. Hier trägt auch der Freistaat eine gewisse Verantwortung, keine ungewollte Finanzierung des klimabewegten Linksextremismus vorzunehmen, sei es direkt oder indirekt. Deshalb gilt es zu eruieren, inwiefern Mitglieder des klimaextremistischen Spektrums in der Vergangenheit von staatlichen Mitteln profitiert haben.